

Grußwort RG

Transcript

[0:06] Lieber Herr Pauluschke, vielen Dank für die nette Einführung. Sehr geehrter Herr Dr. Killgus, sehr geehrter Herr Prof. Dr. Schmid, sehr geehrter Herr Prof. Dr. Namath, sehr geehrte Damen und Herren, es ist mir eine große Ehre, heute an diesem Tag dabei sein zu dürfen. Und als der Herr Kirgus mich gefragt hat, ob ich das heute mache und ich gehört habe, wer sonst noch da ist, ist mir ehrlich gesagt ein bisschen das Herz in die Hose gerutscht, weil ich mir gedacht habe, was könnte ich jetzt sagen, was vor allem die beiden Herren nicht viel besser sagen könnten. Also ich werde es trotzdem mal versuchen, so ein bisschen eine Einstimmung zu geben auf das, was in den folgenden Stunden folgt. Lassen Sie mich beginnen mit einem Zitat.

[1:02] Ein Zitat von Thomas Mann. Ich lese es Ihnen mal vor. Nun denn, damit die Demokratie triumphiere, muss sie kämpfen, möge sie auch lange des Kampfes entwöhnt gewesen sein. Eine militante Demokratie tut heute Not, die sich des Zweifels an sich selbst entschlägt, die weiß, was sie will, nämlich den Sieg, welcher der Sieg der Gesittung ist über die Barbarei. Jetzt könnte man glauben, dieses Zitat stammt aus dem Jahr 2025, aber nein, ich habe es ja gerade gesagt, es ist ein Zitat von Thomas Mann. Und Thomas Mann hat einen Vortrag im Jahr 1939, im September 1939, anlässlich einer Veranstaltung der.

[1:57] Von PEN, also dieser Vereinigung von Literatinnen und Literaten, gehalten.

[2:04] Aber dieser Spruch hat leider Aktualität. Unsere Demokratie ist von innen und von außen unter Druck geraten. Und ich bin mir sicher, dass das heute auch zur Sprache kommen wird. Ich möchte ein weiteres Zitat vor meine Ausführungen setzen. Ein Zitat der Präsidentin des Bayerischen Landtags, Frau Ilse Aigner. Bei vielen Veranstaltungen habe ich sie schon sagen hören, Demokratie ist eine Gabe, es ist aber auch eine Aufgabe. Und es ist eine Aufgabe, die uns alle betrifft, vor dem Hintergrund, dass Demokratie unter Druck geraten ist. Es ist eine Gabe, ich weiß genau, was sie damit meint, es ist eine Gabe, mit der wir umgehen müssen. Die wir bewahren müssen und die wir verteidigen müssen. Es ist allerdings so, und auch das gehört zur Wahrheit dazu, dass diese Demokratie in Deutschland nicht entstanden ist, weil wir Deutschen sie zunächst einmal geschaffen hätten, sondern sie ist uns von den Amerikanern hier in Bayern, von den Amerikanern, aber auch von anderen Besatzungsmächten, von den Briten und den Franzosen, die geben.

[3:27] Die Deutschen haben uns zunächst einmal ein bisschen schwergetan, wir haben uns nach dem Ersten Weltkrieg schwergetan, eine Demokratie in Deutschland aufzubauen und wer weiß, wie es ausgegangen wäre, wenn uns die Amerikaner hier in Bayern nicht so tatkräftig unterstützt hätten.

[3:44] Ja, ich habe gerade von der Tatsache gesprochen, dass Demokratie unter Druck und in Gefahr geraten ist. Welche Rolle kann denn jetzt politische Bildung beim Schutz dieser Demokratie spielen? Das ist eine Frage, die ich mir quasi täglich in meiner Arbeit stelle. Der ehemalige Präsident der Bundeszentrale für politische Bildung, der jetzt seit kurzem in den Ruhestand gegangen ist, Thomas Krüger hat in einem Interview anlässlich seiner Verrentung gesagt, politische Bildung ist kein Sanatorium. Sie kann nicht das gesund machen, was an anderer Stelle kaputt gegangen ist. Ich mag ihm nur teilweise zustimmen, denn politische Bildung würde es sich zu einfach machen, wenn sie sagen würde, das ist nicht unsere Aufgabe, Demokratie zu schützen. Das ist sie schon. Aber selbstverständlich kann politische Bildung nur einen Beitrag leisten, aber das muss sie auch. Das muss sie tun und sie muss sich, so wie alle anderen Bürgerinnen und Bürger in diesem Land.

[5:04] Gegen diejenigen Stellen, mutig gegen diejenigen Stellen, die diese Demokratie abschaffen wollen. Gestatten Sie mir einen kleinen Exkurs in die Geschichte der politischen Bildung. Ich habe es gerade vorher angedeutet. Wenn Sie eine Frage haben, dann würde ich Sie bitten, zu warten, bis ich mit meinem Vortrag fertig bin. Ich stelle mich gern all Ihrer Kritik. Der Dr. Kilgus hat mich gerade gebeten, ob ich im Anschluss an die Veranstaltung mich einer Diskussion mit Schülerinnen und Schülern stelle. Selbstverständlich würde ich das gerne tun und dann können wir das alles klären. Also die politische Bildung in der Bundesrepublik, beziehungsweise schon vor der Gründung der Bundesrepublik, hat ja 1945 schon durch die Alliierten begonnen. Zum Beispiel haben die amerikanischen Besatzungstruppen in Bayern alle Schulbücher sich vorlegen lassen und haben sie genehmigt oder eben auch nicht genehmigt.

[6:11] Im Laufe der folgenden Jahre hat sich die deutsche politische Bildung, also die westdeutsche politische Bildung, emanzipiert und es sind sukzessive Zentralen der politischen Bildung entstanden. So etwas hat es ja schon in der Weimarer Republik gegeben. Also die Bundeszentrale für politische Bildung hatte einen Vorläufer in der Weimarer Republik. Die hieß damals Reichszentrale für den Heimatdienst. Und als solche Bundeszentrale für den Heimatdienst ist sie dann nach dem Zweiten Weltkrieg entstanden. Die Bayerische Landeszentrale ist im Jahr 1955 gegründet worden. Am 11.11. Dieses Jahres haben wir unseren 70. Geburtstag gefeiert und die ersten Überlegungen zu einer Gründung einer Bayerischen Landeszentrale, damals hieß sie noch Landeszentrale für den Heimatdienst, gehen zurück bis auf das Jahr 1946. 40.

[7:05] Also Sie sehen, die Geburt der Landeszentrale hat neun Jahre gedauert. Es scheint eine schwierige Geburt gewesen zu sein, aber immerhin, es gibt neben der Bayerischen Landeszentrale und der Bundeszentrale eben noch 15 andere Landeszentralen. Alle Bundesländer haben eine solche Landeszentrale. Ein Meilenstein in der politischen Bildung fand 1976 statt. In einem kleinen Ort in der Nähe von Stuttgart, Beutelsbach, haben sich etwa zwei Dutzend Politikdidaktiker zusammengefunden. Und warum ich jetzt die weibliche Form nicht verwende, hat schon einen Grund. Es waren eben damals ausschließlich Männer, die sich da zusammengefunden haben. Und sie haben überlegt, was...

[7:51] Was soll politische Bildung? Was kann sie? Was darf sie? Und vor allem auch, was darf sie nicht? Und sie haben sich auf drei Prinzipien geeinigt. Das eine ist ein ganz wichtiges, das ist das Überwältigungsverbot. Das heißt, Lehrende dürfen ihren Schülerinnen und Schülern nicht ihre

eigene politische Meinung aufzwingen, sondern sie müssen sie in die Lage versetzen, mit Hilfe ihres Unterrichts sich eine eigene politische Meinung zu bilden. Das zweite Prinzip ist ein Kontroversitätsgebot. Das bedeutet, dass alles, was in der Gesellschaft, in der Politik kontrovers diskutiert wird, muss auch in der politischen Bildung kontrovers diskutiert werden. Mit dem gleichen Ziel, den Menschen unterschiedliche politische Positionen darzulegen, damit diese sich ihre eigene Meinung bilden können. Und das dritte Prinzip nennt sich Schülerorientierung. Junge Menschen sollen in die Lage versetzt werden, zunächst einmal zu erkennen, was ist denn jetzt eigentlich meine eigene Meinung, wo stehe ich denn politisch und man soll ihnen Wege aufzeigen, wie sie ihre politische Position durchsetzen können. Das waren die drei Prinzipien.

[9:04] Ich glaube an den ersten beiden Prinzipien, also dieser Beutelsbacher Konsens, so nennt sich dieser, Dieser Konsens ist im Übrigen kein Vertrag, den diese zwei Dutzend Männer damals unterschrieben hätten und den man nachlesen könnte, sondern man kann ihn nachlesen, aber es existiert darüber lediglich ein Protokoll, also kein Vertrag. Und weil es eben kein Vertrag ist, ist dieser Beutelsbacher Konsens als solcher auch nicht veränderbar. Aber er ist in der Vergangenheit immer mal wieder kritisiert worden, er ist interpretiert worden. Und ich würde das an dieser Stelle auch ganz gern tun, diesen Beutelsbacher Konsens zu interpretieren und setze an mit der Äußerung einer französischstämmigen Politikprofessorin, die in Deutschland unterrichtet, lange Jahre war sie in Passau, jetzt ist sie in Lüneburg.

[10:00] Mouladons heißt sie und wir haben vor ein paar Jahren ein Interview mit ihr geführt, eben auch über diesen Beutelsbacher Konsens und in diesem Interview hat sie gesagt, In Frankreich wäre es undenkbar, Schülerinnen und Schüler dazu bringen zu wollen, ihre eigene politische Meinung durchsetzen zu wollen. Sondern es geht immer um das Interesse des Ganzen, um ein Gemeinwohl. Sie sagt, per Definition, also per französischer Definition, wären solche Menschen keine Citoyens. Wenn sie ausschließlich die Durchsetzung ihrer eigenen politischen Interessen zum Ziel hätten. Das hat mich zum Nachdenken gebracht und dieses dritte Prinzip der Schülerorientierung wurde häufig in der Vergangenheit kritisiert, weil es dazu führe, junge Leute zum Egoismus zu bringen. Nur ihre eigenen Positionen im Kopf zu haben und nicht die Positionen der anderen mitzudenken und zu erkennen.

[11:14] An der Stelle gestatten Sie mir einen kleinen philosophischen Exkurs in die Natur des Menschen. Die Frage nach der Natur des Menschen ist seit jeher Ausgangspunkt gewesen, auch für politische Konzepte. Wie soll ein Staat optimalerweise aussehen? Ich glaube, dass nicht die Natur, sondern ein Bestandteil der menschlichen Natur.

[11:46] Ein bisschen auch widersprüchlich ist. Zum einen sind wir alle Individuen. Jeder von uns, jeder von Ihnen, jeder Mensch ist einzigartig und hat als solcher auch einzigartige Interessen. Und es ist auch sein oder ihr Recht, diese Interessen durchsetzen zu wollen. Das findet ja auch Niederschlag in unserer Verfassung. Aber wir sind eben nicht nur Individuen. Wir sind von Natur aus etwas, was der antike Philosoph Aristoteles Zoon Politikon genannt hat. Und er hat damit nicht nur gemeint, wir sind politisch denkende Wesen, sondern wir sind Wesen, die ihrer Natur nach, darauf ausgelegt sind, mit anderen Menschen zusammenleben. Zu müssen. Wir sind keine Robinson Crusos. Wir könnten das nicht. Ganz Mutterseelen alleine auf einer Insel zu leben, das

würde uns in den Wahnsinn und in den Tod treiben. Jetzt ist es aber so, also wir brauchen die anderen, aber manchmal sind die anderen irgendwie auch schon ganz schön lästig.

[13:00] Und dieses Grundphänomen des menschlichen Daseins, gleichzeitig Individuum und so und Politikon zu sein, das gilt es quasi täglich unter einen Hut zu bringen. Und jetzt sind wir wieder bei dem dritten Teil des Beutelsbacher Konsenses, der Schülerorientierung. Ich finde, in der politischen Bildung muss diese Schülerorientierung ergänzt werden, um dieses Denken, um diese Bereitschaft, sich in die Positionen des Anderen hineinzusetzen. Verantwortung zu übernehmen, nicht nur für sich selbst, sondern Verantwortung zu übernehmen für die anderen, Verantwortung zu übernehmen für das Ganze. Das ist so meine Kritik am Beutelsbacher Konsens. Im Jahr 2019 hat der bayerische Ministerpräsident, beziehungsweise 2018 hat er schon beschlossen, dass die Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit, so ist unser richtiger Titel, woher dieses Arbeit kommt, ich weiß es nicht bei unserem Titel. Die anderen Landeszentralen nennen sich Landeszentrale für politische Bildung. Wir sind vielleicht die einzigen, die arbeiten.

[14:11] Der bayerische Ministerpräsident hat beschlossen, dass sie zwei neue Aufgaben zugewiesen bekommen. Zum einen politische Bildung im digitalen Raum. Also wie wirkt sich der digitale Raum auf die politische Bildung aus und wie können wir den politischen Raum nutzen, um politische Bildung zu betreiben. Und zum anderen eine Extremismusprävention. Diese Aufgabe, beide Aufgaben natürlich, nehmen wir sehr ernst, denn die Bundesrepublik ist eine, man sagt immer, eine abwehrbereite Demokratie. Und das bedeutet letztendlich, wenn ich es mal versuche auf eine Formel zu bringen, keine Freiheit für die Feinde der Freiheit.

[15:04] Mir wird oft unterstellt, im Übrigen, um das klarzustellen, ich bin parteilos. Ich gehöre keiner Partei an. Das ist halt so eine Behörde in Bayern, die kann ja nur einer Partei nahestehen, und ich werde nicht müde, all denjenigen, die es hören wollen und auch denjenigen, die es nicht hören wollen, zu sagen, die Landeszentrale ist nicht das Sprachrohr der Regierung. Wir sind aber auch nicht das Sprachrohr der Opposition. Aber eine wohlverstandene Behörde, die politische Bildung betreibt, ist der Sprachrohr der Demokratie. Und jetzt sind wir bei einem Begriff angekommen, der von ganz vielen Menschen benutzt wird.

[15:55] Und manche Menschen sind sich dessen nicht bewusst, aber viele eben schon, dass wir nicht alle das Gleiche verstehen unter Demokratie. Es gibt Leute, die von sich behaupten, sie sind Demokraten, da würde ich meine Unterschrift nicht drunter setzen wollen. Es hat auf deutschem Boden auch einen Staat gegeben, der nannte sich Deutsche Demokratische Republik. Die waren alles andere als in unserem Sinne demokratisch. Wir sind eine abwehrbereite Demokratie, das heißt, wir müssen uns nicht alles gefallen lassen. Und deswegen darf politische Bildung, auch wenn es von manchen eingefordert wird, nicht steril-neutral sein. Diejenigen, die das einfordern, die berufen sich immer auf den Beutelsbacher Konsens und sagen, der fordere eine Neutralität ein. Nein, das tut er nicht. Das tut er nicht. Politische Bildung hat genauso, wie es in der Verfassung an verschiedenen Stellen festgeschrieben ist, eine Abwehrfunktion, auch eine Abwehrfunktion gegenüber denjenigen, die unsere Demokratie angreifen und deswegen kann sie nicht neutral sein.

[17:10] Unsere Verfassung, das Grundgesetz, genauso wie die bayerische Verfassung, auch wie alle anderen Länderverfassungen auch, ist nämlich nicht wie die Weimarer Verfassung wertneutral. Das war sie. Die Weimarer Verfassung war eine wertneutrale Verfassung. Beim Grundgesetz spricht man davon, es handelt sich, und es ist auch so, um eine wertgebundene Verfassung. Alles, was da drin steht, beruht auf Werten. Und jetzt versuche ich zum Abschluss meines Vortrages so eine kleine Steilvorlage für das kommende Gespräch von Herrn Prof. Schmidt und Herrn Prof. Lammert zu geben. Welche Werte sind es denn, auf die wir uns berufen? Ich mag jetzt keine nennen, ich gehe mal davon aus, dass das im Laufe dieses Gesprächs heute noch Gegenstand sein wird. Welche Werte sind es denn, auf die wir uns berufen? Und man sagt immer, die Bundesrepublik sei eine gesplante Gesellschaft. Es fällt mir schwer, darüber etwas zu sagen. An manchen Stellen nehme ich das auch so wahr.

[18:26] Und es heißt immer, die Menschen seien nicht mehr bereit, für die Gemeinschaft einzutreten. Auf der anderen Seite hört man immer wieder, und das ist auch eine Tatsache, dass Millionen von Menschen in unserem Land bereit sind, ehrenamtlich sich zu engagieren. Und ohne dieses Ehrenamt, ohne dieses ehrenamtliche Engagement würde vieles in unserem Staat nicht mehr so funktionieren, wie es funktioniert. Eine Frage, mit der sich Herr Professor Schmidt intensiv befasst hat, ist.

[18:59] Was bewirkt Zusammenhalt? Und ich habe mich auch darüber intensiv damit beschäftigt und ich stoße immer wieder auf den Begriff Verfassungspatriotismus. Was ist es, was uns zusammenhält, ein Patriotismus auf die Grundlagen unserer Verfassung? Ist das etwas, und ich setze dahinter ein Fragezeichen, ist das etwas, wohinter wir uns alle versammeln können, trotz aller Individualität. Oder, wenn es das nicht ist, was ist es denn, was uns zusammenhält, was uns zu einer Gemeinschaft macht? Nicht zu einer Horde von 83 Millionen Egoisten, sondern zu einer Gemeinschaft macht. Und das ist, glaube ich, auch etwas, womit Sie sich beschäftigen, wir uns alle beschäftigen sollen. Was hält uns denn zusammen, was macht unsere Gesellschaft aus. Ich lasse es an der Stelle gut sein. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit in diesem fantastischen Saal und freue mich auf das, was im Laufe des weiteren Vormittags alles kommen wird. Vielen Dank.